



20.3236

Motion FDP-Liberale Fraktion.**Covid-19. Stärkung der Unternehmen
mit dem Abzug für Eigenfinanzierung
nach der Corona-Krise****Motion groupe libéral-radical.****Covid-19. Prévoir une déduction
pour autofinancement afin de renforcer
les entreprises après la crise**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.03.22

Sauter Regine (RL, ZH): Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass viele Unternehmen über ein sehr geringes finanzielles Polster verfügen. Das hat zuweilen auch erstaunt. Mit Blick auf eine nächste Krise ist es zentral, den Eigenkapitalaufbau von Unternehmen zu unterstützen. Das derzeitige Steuerrecht steht dem aber diametral entgegen. Fremdkapital wird gegenüber Eigenkapital privilegiert, da lediglich bei Fremdkapital ein Zinsabzug möglich ist. Es besteht bei Finanzbedarf somit geradezu ein Anreiz, sich zu verschulden, statt die Eigenkapitalbasis zu verbreitern, und das führt dann eben in Krisen zu problematischen Situationen. Absurd ist in diesem Zusammenhang natürlich, dass wir den Aufbau von Eigenkapital sogar besteuern, aber das ist ja ein anderes Thema, dazu hat sich die Schweizer Stimmbevölkerung leider gerade in ablehnendem Sinn geäussert.

Ein vermehrter Aufbau von Eigenkapital könnte die Basis der Unternehmen stärken und zukünftigen wirtschaftlichen Krisen vorbeugen. Der Eigenkapitalaufbau von Unternehmen sollte deshalb mit dem Abzug für Eigenfinanzierung bei der direkten Bundessteuer nach dem Vorbild von Artikel 25abis des Steuerharmonisierungsgesetzes gefördert werden. Damit würden insbesondere inhabergeführte KMU gestärkt. Sie sind es, welche in einer nächsten Krise auch das grösste Risiko tragen. Die Wirtschaft selber fordert auch einen solchen Mechanismus und geht davon aus, dass mit einer Stärkung der Eigenkapitalbasis die Krisenresilienz der Firmen erhöht und damit der staatliche Unterstützungsbedarf in einer nächsten Krise gesenkt wird. Davon profitiert auch die Gesellschaft, die dann weniger finanziell belastet wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie im Namen der FDP-Liberalen Fraktion, diese Motion anzunehmen.

Maurer Ueli, Bundesrat: Der Abzug der Eigenfinanzierung ist ja weiss Gott kein neues Thema in diesem Rat. Sie haben es damals zusammen mit der Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) behandelt. Diese Vorlage ist erst am 1. Januar 2020 in Kraft getreten. Dort haben wir nach langen, langen Gesprächen und Verhandlungen einen Kompromiss gefunden, wonach ein Abzug für die Eigenkapitalfinanzierung möglich ist, wenn der Steuersatz mehr als 13,5 Prozent beträgt. Das war der Kompromiss. Mit dieser Motion würde er natürlich wieder ausser Kraft gesetzt. Wir glauben nicht, dass das möglich sein wird.

Es sind zwei Kantone, die diesen Abzug umsetzen könnten. Ein einziger Kanton hat das inzwischen gemacht, das ist der

AB 2022 N 420 / BO 2022 N 420

Kanton Zürich. Für alle anderen Kantone hat das keine Rolle gespielt. Dieser Kompromiss wurde hier ja heftig bekämpft. Ich glaube fast, es ging bis zur Einigungskonferenz. Das ist ein erster Grund für die Ablehnung: Ein Kompromiss, der erst seit zwei Jahren in Kraft ist, sollte nicht wieder hervorgeholt werden. Das geht nicht.

Es gibt in diesem Zusammenhang ein zweites Element, das ist die Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Da sind wir hochkant gescheitert. Das haben wir alle noch in Erinnerung, wir sind immer noch traumatisiert. Da ging es auch darum, das Eigenkapital gegenüber dem Fremdkapital zu stärken. Die Bevölkerung hat das klar abgelehnt. So wünschenswert es ist, dass Firmen hohes Eigenkapital haben, weil sie dann natürlich





tatsächlich robuster sind, gerade auch in Krisen: Wir glauben nicht, dass heute der Zeitpunkt ist, um das Thema nach dem Kompromiss in der STAF-Vorlage generell aufzugreifen und diesen Abzug zuzulassen. Nach der gescheiterten Vorlage zur Emissionsabgabe muss man wohl sagen, dass die Zeit dafür im Moment noch nicht reif ist. Vielleicht wird sie es irgendwann sein.

Ich würde Ihnen empfehlen, die Motion nicht anzunehmen. Ich glaube, wir würden uns sehr viel Arbeit machen und auch wieder schlafende Hunde wecken. Wir müssen wohl akzeptieren, dass eine Mehrheit der Bevölkerung das Gefühl hat, den Unternehmen gehe es gut genug, man müsse die Rahmenbedingungen nicht verbessern. Ich teile diese Ansicht nicht unbedingt. Es ist aber auch Kenntnis davon zu nehmen, wie die Bevölkerung entschieden hat.

Ich empfehle Ihnen also, die Motion nicht anzunehmen.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.3236/24682)

Für Annahme der Motion ... 82 Stimmen

Dagegen ... 111 Stimmen

(0 Enthaltungen)